

**6. über-/ außerplanmäßige Mittelbereitstellung nach § 58 Abs. 1 ThürKO**

**Zuständigkeit: Ausschuss FLRV**

**I. Verwaltungshaushalt**

**1. Amt für Soziales und Gesundheit**

	HHSt.	verf.ber. Amt	Bezeichnung	über-/außerplan- mäßige Mittelbereitstellung in EUR
<b>Mehrausgaben:</b>	41011.73020	50	Kosten der Unterkunft 3. Kapitel SGB XII	150.000
	41168.74223	50	Hilfe zur Pflege in Einrichtungen Pflegestufe III	250.000
	41231.73630	50	Ambulante Hilfe zu einer angemessenen Schulbildung	250.000
	41288.74620	50	Heilpädagogische Maßnahmen	250.000
	42149.79100	50	AsylbLG, Grundleistungen in Form von Geldleistungen für den Lebensunterhalt	100.000
	42209.79100	50	AsylbLG, Leistungen bei Krankheiten, Schwangerschaft und Geburt	250.000
	<b>Summe:</b>			<b>1.250.000</b>

**Deckung durch:**

<b>Mehreinnahmen:</b>	03300.15050	21	Stadtkasse/sonstige Einnahmen	39.100
	43590.11010	50	Einnahmen aus Nutzungsentgelten	20.000
	43610.11000	50	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	17.000
	45210.15501	51	Sonstige Einnahmen	6.000
	46410.15501	51	Freie Träger Kindereinrichtungen/ Sonstige Einnahmen	100.000
	48300.16100	51	Erstattungen für Ausgaben des VWH vom Land- Verwaltungskostenersatz	7.000
	88000.15501	23	Sonstige Einnahmen	19.000
	90000.02100	20	Vergütungssteuer	38.000
	<i>Zwischensumme</i>			<i>246.100</i>

	HHSt.	verf.ber. Amt	Bezeichnung	über-/außerplan- mäßige Mittelbereitstellung
--	-------	------------------	-------------	--

<b><u>Minderausgaben:</u></b>	02400.63610	11	Öffentlichkeitsarbeit	-1.000
	03000.61610	20	Projektkosten / Einführung Doppik	-20.000
	03010.65500	80	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten	-9.500
	05200.40400	11	Entschädigungen für Mitwirkung bei Wahlen	-20.000
	05200.65240	11	Portokosten	-20.000
	11100.53010	32	Miete bewegliches AV / mobile Geschwindigkeitsüberwachung	-13.000
	11100.53020	32	Betreiberkosten stationärer Blitzer	-40.000
	11500.54900	39	Tierheim/ Sonst. Bewirtschaftungskosten	-19.000
	13000.52500	37	Unterhaltung von amtsspezifischer Hard- und Software	-10.000
	16000.65500	37	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten	-3.000
	30000.63050	41	Öffentlichkeitsarbeit / kulturelles Jahresthema	-2.600
	32500.63010	41	Alte Synagoge/ Werbungskosten	-15.000
	35000.63811	40	VHS / Kurse berufsbez. Sprachförderg.	-10.000
	35200.58100	40	Bibliothek/ Anschaffung v. Büchern, Zeitschriften Fortsetzungswerken	-10.000
	40000.61650	50	Ausgaben Sozialticket	-82.100
	40000.65500	50	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten	-500
	40700.65500	51	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten	-1.500
	43610.53000	50	Soziale Einrichtungen / Mieten und Pachten	-122.000
	58000.65500	67	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten, Vermessungsleistungen	-500
	61001.60020	61	Planungsvorbereitende Leistungen	-25.000
	61001.60040	61	Projektentwicklung ICE-City	-33.000
	61001.60080	61	Wohnbedarfsprognose - Fortschreibung Stadtteile	-10.000
	61020.71810	80	Nachhaltige Stadtentwicklung / Zuschüsse an übrige Bereiche	-37.200
	61210.65500	62	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten	-18.000
	61300.65500	60	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten	-500
	61507.65510	61	Soziale Stadt / Vergütung an Dritte	-10.000
	61530.65510	61	Sachverständigen- und Gutachterkosten, Betreuungsleistungen	-4.000
	62230.65500	61	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten, Qualitätssicherung/Beirat	-25.000

HHSt.

verf.ber.  
Amt

Bezeichnung

über- /außerplan-  
mäßige  
Mittelbereitstellung

<b><u>Minderausgaben:</u></b>	67500.65500	66	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten	-1.500
	69000.51000	67	Gewässerunterhaltung	-30.000
	88000.65500	23	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten	-10.000
	91100.80700	20	Zinsausgaben	-400.000
	<i>Zwischensumme</i>			<i>-1.003.900</i>
<b>Summe Deckungsmittel</b>				<b>1.250.000</b>

**Begründung:**

Die erforderlichen Mittelbereitstellungen begründen sich wie folgt:

**HHSt. 41011.73020 - Sozialhilfe nach dem SGB XII- Laufende Leistungen zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen**

Auf Grund der Fallzahlensteigerung für die Kosten der Unterkunft im Bereich des SGB XII von durchschn. 500 auf 550 und höheren Kosten pro Fall ist die Mittelbereitstellung erforderlich.

**HHSt. 41168.74223 – Hilfe zur Pflege in Einrichtungen Pflegestufe III**

Für die Hilfen zur Pflege steigen die Fallzahlen von 175 auf durchschn. 195 an, so dass eine Mittelbereitstellung zwingend ist.

**HHSt. 41231.73630 – Ambulante Hilfe zu einer angemessenen Schulbildung**

Die Mittelbereitstellung basiert auf dem steigenden Bedarf an Integrationshelfern infolge der gesetzlichen Regelung zur Inklusion.

**HHSt. 41288.74620 – Heilpädagogische Maßnahmen**

Durch die verstärkte Unterbringung in Regeleinrichtungen sowie steigenden Kosten begründet sich der Mehrbedarf.

**HHSt. 42149.79100 – AsylbLG Grundleistungen in Form von Geldleistungen für d. Lebensunterhalt****HHSt. 42209.79100 – AsylbLG Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft u. Geburt**

Der Mehrbedarf entsteht durch die drastisch steigende Zuweisung von Flüchtlingen.

Der oben aufgeführte Mehrbedarf wurde bereits im Rahmen der Analyse per 30.06.2014 durch das Amt für Soziales und Gesundheit für zwingend notwendige Leistungen im sozialen Bereich angezeigt. Der Mehrbedarf wurde zwischenzeitlich auf rd. 1,3 Mio. EUR reduziert. Dieser Bedarf kann nicht allein innerhalb des Amtes für Soziales und Gesundheit gedeckt werden. Aus diesem Grund war es erforderlich, die Deckung für die Mehrausgaben aus den einzelnen Fachbereichen der Stadtverwaltung bereitzustellen.

Berücksichtigung hierbei fanden die aufgezeigten Haushaltsstellen (HHSt.), die entsprechend der derzeitigen Haushalts-Überwachungslisten die vorgesehenen Mittelkürzungen gewährleisten können.

Die Reduzierung des städtischen Zuschusses für das Sozialticket resultiert aus der geringeren Anzahl von benötigten Sozialtickets (Plan = 4.600 / IST durchschnittl. = 4.200)

Die Minderausgaben bei den Zinsausgaben begründen sich dadurch, dass die Entscheidung über die Aufnahme sowohl des Kredites aus den HER 2013 als auch der genehmigten Kredite 2014 frühestens Ende 2014 getroffen wird. Damit können die dafür geplanten und nun für 2014 nicht mehr benötigten Zinsausgaben als Deckungsmittel für die Mehrbedarfe eingesetzt werden. Hinzu kommt, dass das weiter gesunkene Zinsniveau für die Umschuldungen 2014 genutzt werden konnte. Ebenso wurden durch die niedrigen Zinsen - trotz Inanspruchnahme von Kassenkrediten - die dafür geplanten Zinsausgaben erheblich reduziert werden.

Die weitere Deckung erfolgt aus den bereits erzielten Mehreinnahmen in den aufgezeigten HHSt.

## 2. Stadtkämmerei

	HHSt.	verf.ber. Amt	Bezeichnung	über/außerplanmäßige Mittelbereitstellung in EUR
<b><u>Mehrausgabe:</u></b>	90100.81000	20	Gewerbesteuerumlage	453.000
<b>Deckung durch:</b>				
<b>Mehreinnahmen:</b>	90000.00100	20	Grundsteuer B	300.000
	90000.02100	20	Vergnügungssteuer	153.000
	<b>Summe Deckungsmittel</b>			<b>453.000</b>

### Begründung:

Gemäß § 6 Gemeindefinanzreformgesetz wird die Gewerbesteuerumlage in der Weise ermittelt, dass das Istaufkommen der Gewerbesteuer im Erhebungsjahr durch den festgesetzten Hebesatz der Steuer geteilt und mit dem Vervielfältiger (Bund und Land) multipliziert wird. Die Abschlagszahlungen sind bis zum 01. Mai, 01. August und 01. November des Erhebungsjahres zu leisten. Bis zum 01. Februar des auf das Erhebungsjahr folgenden Jahres ist die Umlage abzuführen. Zusätzlich zu den gesetzlichen Abschlagszahlungen tätig die Stadt Erfurt im Dezember des Erhebungsjahres eine Abschlagszahlung in Höhe der Novemberzahlung.

Im Erhebungsjahr 2014 wurde im Februar die Schlussrechnung von 2013 in Höhe von 0,3 Mio. EUR beglichen.

Aus dem Ansatz der Gewerbesteuerumlage i.H.v. 5,9 Mio. EUR wurden bisher die Schlussrechnung 2013 von 0,3 Mio. EUR und zwei Zahlungen in Höhe von 3,0 Mio. EUR geleistet = 3,3 Mio. EUR. Für die beiden ausstehenden Zahlungen für das III. und IV. Quartal

werden 3,1 Mio. EUR benötigt. Dadurch ergibt sich eine erforderliche überplanmäßige Mittelbereitstellung bei der Gewerbesteuerumlage in Höhe von 453,0 TEUR.

Die Deckung dieser Mehrausgaben kann durch Mehreinnahmen bei den o.g. Steuereinnahmen erreicht werden. Diese Mehreinnahmen ergeben sich größtenteils aus Nachveranlagungen.

### 3. Amt für Grundstücks- und Gebäudeverwaltung

	HHSt.	<u>verf.ber.</u> <u>Amt</u>	Bezeichnung	über/außerplanmäßige Mittelbereitstellung in EUR
<b>Mehrausgabe:</b>	20000.53000	23	Mieten und Pachten	60.300
<b><u>Deckung durch:</u></b>				
<b>Mehreinnahmen:</b>	24000.14010	23	Einnahmen aus Mieten und Pachten	60.300

#### **Begründung:**

Die zusätzliche Mittelbereitstellung ist hauptsächlich in der Indexanpassung der Mietausgaben für das Objekt Schottenstraße 22/Gotthardtstraße 21-23 begründet. Rückwirkend ab 06/2013 ist ein Betrag von ca. 56 TEUR nachzuzahlen. Des Weiteren sind Betriebskosten in Höhe von 4,3 TEUR für das Jahr 2013 nachzuzahlen.

Die Deckung erfolgt durch die Mehreinnahmen in der HHSt. 24000.14010. Durch die Vermietung von Teilflächen der Liegenschaft Eugen-Richter-Str. 22 und der Liegenschaft Am Rabenhügel 10 entstehen Mehreinnahmen, die zur Deckung bereitgestellt werden können.

#### 4. Garten- und Friedhofsamt

	HHSt.	<u>verf.ber.</u> <u>Amt</u>	Bezeichnung	über/außerplanmäßige Mittelbereitstellung in EUR
Mehrausgabe:	78000.51900	67	Beseitigung von Hochwasserschäden	120.300
<u>Deckung durch:</u>				
Mehreinnahmen:	78000.17110	67	Zuweisungen vom Land	120.300

#### Begründung

Die außerplanmäßige Mittelbereitstellung basiert auf der Beantragung von 10 Anträgen auf Fördermittel aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union zur Bewältigung der durch die Hochwasserkatastrophe vom 18. Mai bis zum 04. Juli 2013 in Thüringen entstandenen Schäden der öffentlichen Hand im Bereich der Feld-, Landwirtschafts- und Wirtschaftswege. Die Beantragung erfolgt u.a. für die Instandsetzung i.Z.m. dem Böschungsabrutsch in Molsdorf, dem Weg am Bachmannsgraben Marbach, dem Rhodaer Weg in Büßleben sowie dem Weg nördl. Augustatunnel in Bischleben.

## II. Vermögenshaushalt

### 1. Amt für Grundstücks- und Gebäudeverwaltung

	HHSt.	<u>verf.ber.</u> <u>Amt</u>	Bezeichnung	über-/außerplan- mäßige Mittelbereitstellung in EUR
<b>Mehrausgabe:</b>	13000.94031	23	Baumaßnahme Zentralstation Funkanlage	<b>+ 125.000</b>
<b><u>Deckung durch:</u></b>				
<b>Minderausgabe:</b>	14000.93530	37	Erwerb Fahrzeuge Katastrophenschutz	<b>./ 80.000</b>
	13000.94029	23	Baumaßnahme Feuerwehr Alach	<b>./ 45.000</b>

#### **Begründung:**

Die zusätzlich bereitgestellten Mittel werden für den Komplettumbau der zentralen Gleichwellenfunkstation Funkanlage (Liegenschaft Drosselberg 13) benötigt.

Mit der Drucksache 1312/14 - Information über außer- und überplanmäßige Mittelbereitstellung in Zuständigkeit des Oberbürgermeisters - II. Quartal 2014 - wurde bereits über die außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 80 TEUR informiert. Die Deckung hierfür erfolgte aus den nicht benötigten Mitteln für den Erwerb von Fahrzeugen des Katastrophenschutzes.

Die zu diesem Zeitpunkt geschätzten Gesamtkosten in Höhe von 80 TEUR mussten wegen weiterer notwendiger Änderungen in der Leistungsbeschreibung angepasst werden, so dass sich nunmehr Gesamtkosten in Höhe rd. 125 TEUR ergeben. Die Mittelbereitstellung in Höhe von 125,0 TEUR fällt daher in die Zuständigkeit des Ausschusses FLRV.

Die Deckung für die zusätzlich benötigten 45,0 TEUR resultiert aus der Verschiebung des Baubeginns des Feuerwehrgerätehauses der FFW Alach. In 2014 werden lediglich die Planungsleistungen beauftragt. Die Bauausführung erfolgt ab 2015. Es entstehen 2014 Minderausgaben in Höhe von 45 TEUR.